

Eingangsvermerke

Antrag auf

☐

Neuerteilung

☐

Erweiterung

einer Erlaubnis nach § 34f Abs. 1
Gewerbeordnung (GewO)

1. Antragsteller/in

Natürliche Person / Geschäftsführender Gesellschafter einer Personengesellschaft (z. B. GbR, OHG)
(bei mehreren geschäftsführenden Gesellschaftern ist von jedem ein Antrag auszufüllen)

Familienname		Geburtsname (nur bei Abweichung)		Vorname(n)	
Geburtsdatum	Geburtsort			Staatsangehörigkeit	
Anschrift Hauptwohnsitz (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, Land)					
Telefon		Fax		E-Mail	
Liegt eine Aufenthaltsgenehmigung vor?					
☐ Nein ☐ Ja		Ausstellende Behörde der Aufenthaltsgenehmigung			Ausstellungsdatum
Hauptwohnsitz in den letzten 5 Jahren:					
von	bis	Hauptwohnsitz (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, Land)			
_____	_____	_____			
_____	_____	_____			
_____	_____	_____			

2. Anhängige Verfahren

2.1 Anhängige Strafverfahren

☐ Nein ☐ Ja	Justizbehörde	Aktenzeichen
---	---------------	--------------

2.2 Anhängige Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit

☐ Nein ☐ Ja	Behörde	Aktenzeichen
---	---------	--------------

2.3 Anhängiges Gewerbeuntersagungsverfahren

Die Gewerbeuntersagung ist die behördliche Entscheidung, einem gewerblich tätigen Unternehmer die Ausübung des Gewerbes wegen Unzuverlässigkeit dauerhaft zu untersagen (Tätigkeit kann ganz oder teilweise untersagt werden).

☐ Nein ☐ Ja	Behörde	Aktenzeichen
---	---------	--------------

3. Angaben zu den Vermögensverhältnissen

Ist über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet	☐	Nein	☐	Ja
oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden?	☐	Nein	☐	Ja
Haben Sie eine Vermögensauskunft gemäß § 802c ZPO abgegeben	☐	Nein	☐	Ja
oder liegt eine entsprechende Haftanordnung gemäß § 802g ZPO vor?	☐	Nein	☐	Ja
Liegt eine Eintragungsanordnung in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b ZPO vor?	☐	Nein	☐	Ja

Die Vermögensauskunft des Schuldners ist im Rahmen einer vom Gläubiger gegen den Schuldner durchgeführten Zwangsvollstreckung gegenüber dem Gerichtsvollzieher abzugeben und dient dazu, dem Gläubiger Kenntnis über die dem Schuldner gehörenden Vermögensgegenstände zu verschaffen, um diese erfolgreich vollstrecken zu können (entspricht teilweise der ehem. eidesstattlichen Versicherung).

4. Angaben zum Betrieb

Unternehmensbezeichnung bzw. im Handelsregister eingetragener Name mit Rechtsform		
Handelsregistergericht und -nummer (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)		
Anschrift der Hauptniederlassung (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
Telefon	Fax	E-Mail
Angaben zu den Betriebsleitern		
Familienname, Vorname(n)		
Hauptwohnsitz (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, Land)		
Familienname, Vorname(n)		
Hauptwohnsitz (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, Land)		
Familienname, Vorname(n)		
Hauptwohnsitz (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, Land)		
Haben Sie bereits bei einer anderen öffentlichen Stelle einen Antrag auf Erlaubnis nach § 34f Abs. 1 GewO gestellt?		
☐ Nein	☐ Ja	beantragt bei
Sind Sie im Besitz einer anderen gewerberechtlichen Erlaubnis, insbesondere einer Erlaubnis nach § 34c, § 34d, § 34h und § 34i GewO oder haben Sie eine solche Erlaubnis beantragt?		
☐ Nein	☐ Ja	
ausgestellt bei	Ausstellungsdatum	Aktenzeichen
ausgestellt bei	Ausstellungsdatum	Aktenzeichen
ausgestellt bei	Ausstellungsdatum	Aktenzeichen
ausgestellt bei	Ausstellungsdatum	Aktenzeichen
ausgestellt bei	Ausstellungsdatum	Aktenzeichen
Gewerbliche Niederlassungen in den letzten 5 Jahren:		
von	bis	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, Land)
_____	–	_____
_____	–	_____
_____	–	_____

5. Angaben zur gewerblichen Tätigkeit gemäß § 34f Abs. 1 Satz 1 GewO

Beantragt wird, im Umfang der Bereichsausnahme des § 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 8 des Kreditwesengesetzes gewerbsmäßig zu

☐ Anteile oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,

☐ Anteile oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen geschlossenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,

☐ Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Vermögensanlagengesetzes ¹⁾

Anlageberatung im Sinne des § 1 Absatz 1a Nummer 1a des Kreditwesengesetzes zu erbringen oder den Abschluss von Verträgen über den Erwerb solcher Finanzanlagen zu vermitteln.

6. Erforderliche Unterlagen

6.1 Auszug aus dem Handels- oder Genossenschaftsregister

☐ wird am Ende des Antrags beigelegt ☐ nein

6.2 Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 0)

☐ ist beantragt

Die Auskunft (Belegart 0) muss für

- alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
 - den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten
- beantragt werden.

Hinweis: Die Auskunft/Auskünfte ist/sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d.h. sie wird/werden direkt übersandt. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 34f Abs. 1 GewO“ angeben. Die Auskunft/Auskünfte darf/dürfen nicht älter als drei Monate sein.

6.3 Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (Belegart 9)

☐ ist beantragt

Die Auskunft (Belegart 9) muss für

- alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
 - den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten sowie
 - die juristische Person selbst
- beantragt werden.

Hinweis: Die Auskunft/Auskünfte ist/sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie wird/werden direkt übersandt. Die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für die juristische Person ist bei der Wohnsitzgemeinde einer gesetzlich vertretungsberechtigten Person ebenfalls zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen. Auf den Firmensitz kommt es hierbei nicht an. Bei der Beantragung ist eine Kopie des Handelsregisterauszugs für die juristische Person vorzulegen. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 34f Abs. 1 GewO“ angeben. Die Auskunft/Auskünfte darf/dürfen nicht älter als drei Monate sein.

6.4 Auskunft aus dem elektronischen Vollstreckungsportal

☐ wird am Ende des Antrags beigelegt

Die Auskunft muss für

- alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
 - den Betriebsleiter oder den mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten sowie
 - die juristische Person selbst
- beigelegt werden.

1) Hierzu gehören ab 01.01.2022 auch bestimmte Anlageprodukte von Edelmetallanbietern und -verwahrern (vgl. § 157 Abs. 8 GewO).

6.5 Bescheinigung in Steuersachen

☐ wird am Ende des Antrags beigefügt

Die Bescheinigung muss für

- alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
 - den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten sowie
 - die juristische Person selbst
- beigefügt werden.

Hinweis: Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein und ist im Original vorzulegen.

6.6 Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung

☐ wird am Ende des Antrags beigefügt

Hinweise:

Wenn die Erlaubnis für eine natürliche Person ist, dann für die natürliche Person selbst und, sofern vorhanden, für die Personenhandelsgesellschaften, in denen diese tätig ist.

Wenn die Erlaubnis für eine juristische Person ist, dann für die juristische Person selbst und, sofern vorhanden, für die Personenhandelsgesellschaften, in denen diese tätig ist.

6.7 Sachkundenachweis für Finanzvermittler

der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß §34f Absatz 2 Nummer 4 GewO, §§ 1 ff. FinVermV bzw. einer gleichgestellten Berufsqualifikation gemäß § 4 der FinVermV

☐ wird am Ende des Antrags beigefügt

Hinweise:

Soweit Berufserfahrung zu belegen ist, reichen Sie bitte die Nachweise in Kopie ein. Eine Delegation des Sachkundenachweises auf sachkundige Angestellte ist nicht möglich.

Der Sachkundenachweis ist ein Befähigungsnachweis, mit dem grundlegende Kenntnisse über die zu beantragende Tätigkeit belegt werden.

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die erfragten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung dieses Antrags benötigt. Ihre Erhebung erfolgt nach den maßgeblichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes, der landesrechtlichen Datenschutzvorschriften und der GewO.

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Ort, Datum

Unterschrift